

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Freitag, 11. Dezember 1970



Blatt 3855

Mehr als eine Milliarde für Wohlfahrt

3. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen.

Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ).

Einnahmen: 237,4 Millionen Schilling, Ausgaben 1.059,9 Millionen Schilling.

Wien, 11.12. (RK) Für die Arbeit des Wohlfahrtsamtes wird im kommenden Jahr erstmals ein Betrag zur Verfügung stehen, der die Milliardengrenze übersteigt. Diese Mitteilung stellte Stadträtin Maria Jacobi an den Beginn ihrer Budgetrede. Dazu kommen noch jene Beträge, die die Stadt Wien dem Kuratorium Wiener Pensionistenheime als Darlehen zur Errichtung der in Bau befindlichen Vorhaben zur Verfügung stellt, nämlich 69,9 Millionen Schilling.

Im einzelnen sehe das Budget unter anderem für die Unterbringung von Befürsorgten in eigenen sowie in fremden Anstalten 135,4 Millionen vor, um 15 Millionen mehr als heuer. Besonders gestiegen sind auch die Ausgaben für die Dauerunterstützungen und zwar von 112 auf 116 Millionen Schilling. Erhöhte Ausgaben ergeben sich ebenso für die Wohlfahrtskrankenpflege und für die Herbergen für Obdachlose. Die Rubrik Wohlfahrtspflege sieht allein eine Steigerung um 24,4 Millionen (plus zwölf Prozent) vor. Für die Pensionistenklubs sind im kommenden Jahr 7,8 Millionen vorgesehen. Der Mehraufwand von 1,1 Millionen entstehe durch die Eröffnung von fünf neuen Klubs und durch die Kosten für die laufenden Instandsetzungsarbeiten.

./.

Der Besuch in den 122 Klubs beträgt durchschnittlich etwa 6.300 bis 6.500 Pensionisten.

Welche Bedeutung die Stadt Wien aber auch anderen Hilfsmaßnahmen, wie der Hauskrankenpflege, der Heimhilfe und Familienhilfe beimesse, komme vielleicht am besten in der Summe zum Ausdruck, die für das kommende Jahr vorgesehen ist, nämlich 14,1 Millionen Schilling. Was die Aktion "Essen auf Rädern" betrifft, so habe sie ihre ursprünglichen Schwierigkeiten überwunden und expandiere sehr stark. Konnten Ende 1969 770 Personen täglich mit Essen versorgt werden, so waren es Ende Juni 1970 1.380 Personen. Derzeit werden bereits täglich fast 2.000 Personen von 70 Zustellteams betreut. Rund 2.300 Personen sind es jährlich, die an den Landaufenthaltsaktionen teilnehmen. Für jeden Teilnehmer schießt die Stadt Wien ein Drittel des Betrages zu.

Als eines der schwierigsten Probleme für die Sozialarbeit bezeichnete die Stadträtin den Umstand, jeden einzelnen, der der Hilfe bedarf, rasch zu erreichen. Dies setze voraus, daß jeder Bürger über die sozialen Einrichtungen und Hilfsaktionen genau Bescheid wisse. Diese informative Funktion komme den derzeit 22 Sozialberatungsstellen zu. Bisher haben bereits mehr als 3.600 Ratsuchende diesen Beratungsdienst in Anspruch genommen und rechtzeitig Hilfe erhalten. Zur Kostenübernahme bzw. Unterstützung für Sozialfälle im Zusammenhang mit der Erdgasumstellung erklärte die Stadträtin, daß der Kredit für das kommende Jahr mit vier Millionen Schilling um 1,7 Millionen Schilling höher als in diesem Jahr sei.

Im Sommer des kommenden Jahres werde das neue Pensionistenheim, das in Favoriten der Fertigstellung entgegengeht, besiedelt werden können. Damit werden 1971 fast 1.500 Plätze zur Verfügung stehen. Außerdem befänden sich zwei Pensionistenheime im 11. und 21. Bezirk in Bau, mit deren Fertigstellung 1971 zu rechnen sei. Zwei weitere Objekte und zwar im 2. und 14. Bezirk befinden sich gegenwärtig im Planungsstadium. Mit ihrer Errichtung wird im kommenden Jahr begonnen werden.

Für die Jugendfürsorge stehen insgesamt 685,5 Millionen zur Verfügung. Die größte Position davon, nämlich fast sechs Millionen sind für die 17.500 Säuglingswäschepakete vorgesehen. In den Mutterberatungsstellen, die an 55 Stellen in Wien arbeiten, werden 45 Prozent der Mütter ständig beraten. Für das kommende Jahr sei die Eröffnung von sechs weiteren Beratungsstellen in den neuen Siedlungsgebieten geplant.

In diesem Zusammenhang gab die Referentin bekannt, daß an der sozial-pädagogischen Forschungsstelle des Institutes für Heimerziehung inzwischen Untersuchungen über alle jene Kinder und Jugendliche abgeschlossen wurden, die die Stadt Wien in Pflege und Erziehung übernommen hat. Zur Fortführung dieser Untersuchung konnte das Institut für Stadtforschung gewonnen werden. Man könne sich hier bestimmt ein aufschlußreiches Ergebnis erwarten.

Derzeit leben insgesamt 1.900 Pflegekinder der Stadt Wien bei Pflegeeltern. Die Zunahme der Zahl der Pflegeplätze beträgt seit 1966 jährlich etwa fünf Prozent: eine Entwicklung, die man bestimmt nicht als Zufall bezeichnen, sondern der intensiven Arbeit des Jugendamtes zuschreiben könne.

Zur Verbesserung der pädagogischen Situation wurde heuer ein zweiter Posten für einen Heimpsychiater besetzt. Dadurch wird in schwierigen Einzelfällen eine psychische Therapie möglich. Eine solche Therapiegruppe wird im Rochusheim für Mädchen geführt und "Im Werd" in Kürze eingerichtet.

Stadträtin Jacobi kam in diesem Zusammenhang auf den Mord im "Lindenhof" zu sprechen. Sie stellte fest, daß die Verwaltungsbehörde keinen Einfluß auf die Einweisungspraxis der Jugendgerichte nehmen könne. Auch bei Fehlentwicklungen, bei denen sozialpädagogische Maßnahmen nach Ansicht der Fachleute zu spät kommen, wird deshalb jede Hilfe gegeben. Andererseits kennen die Gerichte unzählige Beispiele, daß sich Jugendliche plötzlich eines schweren Vergehens schuldig machten, ohne daß man es ihnen je zugetraut hätte.

So war es auch bei dem Fall Lindenhof. Die Psychologen bezeichneten beide Burschen als leicht lenkbar und unauffällig.

Zu Jahresbeginn wird jedoch eine internationale Enquete über Probleme der Individualisierung und sozialen Integration der Heimerziehung veranstaltet werden, bei der jene Maßnahmen gefunden werden sollen, die eine Differenzierung der Heime gerade im Hinblick auf die schwierigsten Fälle erlauben.

Abschließend zu diesem Kapitel dankte die Stadträtin allen ihren Mitarbeitern, "daß sie die ungeheure Zerreißprobe, die dieser Doppelmordfall bedeutete, so gut bestanden haben".

Im Rahmen der Erholungsfürsorge werde man im kommenden Jahr die Urlaubsaktion für Kinder und Jugendliche fortsetzen. In 95 Turnussen sollen mehr als 6.700 Kinder Erholung finden.

Zu den Kindertagesheimen erklärte Stadträtin Jacobi, daß man auch im kommenden Jahr bemüht sein werde, daß Platzangebot zu erweitern, und zwar auf insgesamt 23.036 Plätze. Besonders berücksichtigt sollen jene Stadtgebiete werden, die eine starke Bautätigkeit aufweisen.

Zum Problem der Vorschulerziehung erklärte die Referentin, daß im Oktober mit dem Betrieb von Halbtagsgruppen begonnen worden sei, für die man gemeinsam mit dem Wiener Stadtschulrat ein Bildungs- und Arbeitsprogramm erarbeitet habe. Bekanntlich seien die Chancen einer Begabungs- und Bildungsförderung in der Vorschulzeit besonders groß. Hauptpunkt der Überlegung für diese Einführung wäre gewesen, eine Möglichkeit zu finden, eine maximale Zahl von Vorschulkindern von der Begabungs- und Bildungsförderung profitieren zu lassen. Obwohl die Personalschwierigkeiten gerade auf dem Sektor der Kindertagesheime noch nicht ganz überwunden seien, wäre es gelungen, gut ausgebildete Kindergärtnerinnen zu reaktivieren. Derzeit sind in den 218 Kindertagesheimen 1.425 vollbeschäftigte und 31 teilbeschäftigte qualifizierte Mitarbeiter.

./.

41,7 Millionen Schilling werden 1971 in den Bau von Kindertagesheimen investiert. So werde man im 2., 10. und 20. Bezirk Kindergärten in Fertigteilbauweise aufstellen. Zu diesen Häusern kommen aber noch vier weitere, die in traditioneller Bauweise bereits begonnen und im kommenden Jahr fertiggestellt sein werden. Durch diese Investitionen werde es möglich sein, insgesamt 972 neue Plätze zu errichten und damit die Gesamtkapazität der Kindertagesheime auf 24.000 Plätze zu erweitern.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Große Bauvorhaben, Ausbau des Gesundheitsdienstes
=====3. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe V (Gesundheitswesen)

Referent: Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP)

Einnahmen: 1.290,262.200 Schilling, Ausgaben: 2.886,799.400 Schilling. . .

Wien, 11.12. (RK) Von "Ausgaben für die Erhaltung unserer Humanitätsanstalten" sprach Stadtrat Dr. Otto Glück in seinem Bericht zur Verwaltungsgruppe Gesundheitswesen: Pro Patient und Tag ergeben sich im Jahr 1971 Bettenkosten in der Höhe von 559 Schilling. Wenn man die Investitionen dazurechnet, sind es sogar 650 Schilling. Gerechnet wird mit mehr als drei Millionen Pflegetagen. Die Pflegekosten sind gegenüber dem laufenden Jahr wieder gestiegen, dadurch wird der Abgang von Jahr zu Jahr größer.

Auch die Investitionen sind hoch: 264 Millionen für Bau-maßnahmen an Wiener Krankenanstalten, davon allein 134 Millionen für das Allgemeine Krankenhaus. Weiter 75 Millionen für die Rudolfstiftung, in der der Rohbau des Bettenhauses im Herbst fertiggestellt wurde. Mitte 1971 wird auch die Unfallchirurgie im Wilhelminenspital baulich fertiggestellt sein (Gesamtkosten 100 Millionen Schilling). An mehreren weiteren Krankenanstalten sind größere Bauvorhaben im Gange. Das Baum- und Funktionsprogramm für das Sozialmedizinische Zentrum Ost liegt ebenfalls bereits vor.

Bei der Rettung liegt der Schwerpunkt im kommenden Jahr in der Ausrüstung der Ambulanzwagen zur Sofortbehandlung bei akutem Herzalarm. Auf baulichem Gebiet wurde heuer die neue Rettungsstation Lidlgasse in Betrieb genommen, für 1971 ist die Fertigstellung der Rettungsstation Floridsdorf zu erwarten. Dazu kommt die Anschaffung von fünf zusätzlichen Ambulanzwagen.

Die städtischen Altersheime sind für 1971 mit 35 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen dotiert.

In Lainz, in Baumgarten, im Rochusheim und im Altersheim St. Andrä werden umfangreiche Arbeiten weitergeführt oder abgeschlossen. Das Raumprogramm für das Altersheim Süd ist fertiggestellt.

In seinem Referat beschäftigte sich Stadtrat Dr. Glück auch mit verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitsdienstes, deren segensreiche Wirkung für die Wiener Bevölkerung nicht zu übersehen ist. An erster Stelle steht hier die Polioimpfung: Seitdem sie eingeführt wurde, ist in Wien kein Fall von Kinderlähmung mehr aufgetreten. Soeben hat wieder eine neue Impfkaktion begonnen: An der ersten Teilimpfung beteiligten sich etwa 25.000 Personen. Das Jahr 1971 bringt den Beginn einer Schutzimpfung gegen die Röteln. Hier geht es um die Schädigung der Leibesfrucht, die durch diese an sich harmlose Viruserkrankung eintreten kann.

Auch die Krebsfürsorge wurde 1970 ausgebaut: Die Zahl der Ambulanzen stieg von vier auf sieben. 13 von 100 untersuchten Personen befanden sich im Vorstadium eines Krebsleidens, oder ein solches war bereits eingetreten. Die Fürsorgestelle für Alkoholkranke und Psychohygiene betreut derzeit 32.000 Patienten. Auch dort ist an einen weiteren Ausbau gedacht.

Eingehend beschäftigte sich Dr. Glück mit dem Kapitel "Rauschgift und Drogen": Im Jahre 1969 haben sich in Wien 104 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren Rohopium injiziert. Die Psycho-hygienischen Beratungsstellen für Ambulante und das Psychiatrische Krankenhaus für stationäre Fälle stehen hier zur Verfügung. Der Stadtrat ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die Prophylaxe in diesem Fall durch Aufklärung in den Schulen im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen müsse. Der Referent betonte auch für andere Bereiche die Bedeutung der prophylaktischen Medizin, die leider bisher noch nicht genug gewürdigt wird.

Auch eine Vermehrung der Schularztstellen ist durch die steigenden Schülerzahlen notwendig geworden. Im nächsten Jahr wird es insgesamt 57 Schulärzte (1970: 53) geben. Der schul-

ärztliche Dienst weitet seine Aufgaben immer weiter aus: Erstmals wurden heuer bei 1.300 Kindern der vierten Volksschulklassen Harnuntersuchungen durchgeführt. In 13 Fällen wurden ernstzunehmende Nierenkrankheiten festgestellt. Von den Jugendzahnärzten wurden in diesem Jahr alle Schüler zweimal - ein Teil sogar dreimal - fachärztlich untersucht. Die Karieshäufigkeit der Wiener Schulkinder ist um mehr als 50 Prozent gefallen.

Neuerungen des kommenden Jahres sind die Gesundheitspässe, die anstelle der bisherigen Impfkarte an alle Neugeborenen ausgegeben werden - ebenso an alle Wiener, die sich dafür interessieren. Dazu kommt eine "Notfallskarte" zur Ausgabe: Sie soll dem Arzt behilflich sein, der etwa bei einem Unfall erste Hilfe leistet. Die wichtigsten Daten des Patienten sollen darin enthalten sein.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

neue Landesgesetzblaetter

4 wien, 11.12. (rk) drei neue Landesgesetzblaetter sind soeben erschienen. das 23. stueck enthaelt das neue wiener Leichen- und bestattungsgesetz (verkaufspreis sechs schilling). im 24. stueck sind enthalten: eine verordnung ueber die neufestsetzung der richtsaetze in der oeffentlichen fuersorge und eine kundmachung ueber die arztgebuehr in den psychiatrischen krankenhaeusern (verkaufspreis ein schilling). das 25. stueck enthaelt die verordnung ueber die erhoehung der blindenbeihilfen (verkaufspreis ein schilling).

die Landesgesetzblaetter sind im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 1, wollzeile 27 a, erhaeltlich.

0949

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

3 wien, 11.12. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

montag, 14. dezember, 17 uhr, donaustadt, 22, Lorenz Kellnergasse 15 (sitzungssaal).

dienstag, 15. dezember:

15 uhr, floridsdorf, 21, am spitz 1/201.

17.30 uhr, mariahilf, achtung: diesmal ausnahmsweise in 7, hermannsgasse 24, 2. stock, zimmer 203.

mittwoch, 16. dezember, 17 uhr, josefstadt, 8, schlesingerplatz 4, 3. stock.

freitag, 18. dezember, 16 uhr, meidling, 12, schoenbrunnerstrasse 259, 1. stock, sitzungssaal.

0917

festwochen 1971:

theater der offenen form

7 wien, 11.12. (rk) schauspiel, ballett und pantomime bilden das programm von prominenten gastensembles aus drei kontinenten im theater an der wien waehrend der wiener festwochen 1971. die festwochendirektion praesentiert als markante beispiele die selten gespielte oper von claudio monteverdi ''il ritorno d'ulisse in patria'' und die urauffuehrung des zeitgenoessischen theaters ''zero zero'', ein ''kunst-stueck'' von peter turrini und team. eingeladen wurden das ballett des 20. jahrhunderts, bruessel, mit einer bejart-choreographie, das dance theatre of alwin nikolais, new york, mit seinen gerade fuer diese form des theaters so richtungweisenden choreographien, das indische kalakshetra ballett mit seinen mythologischen taenzen, die prospect theatre company, london, mit einer ganz neuen hamlet-inszenierung, das avantgardetheater atelje 212 aus belgrad mit ''zicke-zacke'' von peter tenson, weiters die beruehmten pantomimengruppen von ladislav fialka aus prag und von henryk tomaszewski aus breslau.

1015

am montag:

kranzniederlegung beim renner-denkmal

5 wien, 11.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k wird in anwesenheit der mitglieder des wiener stadtsenates und des wiener gemeinderates am montag, den 14. dezember, beim renner-denkmal am dr. karl renner-ring einen kranz niederlegen. ferner wird der wiener buergermeister den anlass des 100. geburtstages des verewigten bundespraesidenten wahrnehmen, am montag zu beginn der sitzung des wiener gemeinderates eine gedenkrede zu halten.

1000

neuartiger herzhilfsdienst fuer wien

10 wien, 11.12. (rk) wie gesundheitsstadtrat dr. g l u e c k in seiner budgetrede mitteilte, ist fuer wien ein neuartiger herzhilfsdienst geplant. der "mobile coronary care-service" wird darin bestehen, dass der patient, bei dem ein ploetzlicher herzstillstand oder ein herzinfarkt auftritt, von speziell geschulten rettungsaerzten an ort und stelle so lange behandelt wird, bis ein transport in das krankenhaus zu verantworten ist. diese behandlung wird auch auf dem weg in das krankenhaus nicht unterbrochen: mit hilfe eines neuartigen medizinischen geraeteparkes, der in jedem wiener rettungswagen eingebaut werden soll, wird die herz- und atemtaetigkeit regelmessig ueberwacht, und - wenn notwendig - kuenstlich aufrecht erhalten.

nach den vorstellungen von gesundheitsstadtrat dr. glueck werden alle bei der rettung arbeitenden aerzte einem intensiven, kardiologisch ausgerichteten training unterzogen, das sie befahigt, infarkt-spezifische abweichungen so wie jede art von rhythmusstoeerungen aus dem ekg zu diagnostizieren. nach dieser spezialschulung werden die rettungsaerzte derartige stoeerungen medikamentoes bekaempfen koennen. weiter ist vorgesehen, in den schwerpunktspitaelern stationen einzurichten, die sich speziell mit der herzrhythmusueberwachung beschaeffigen. als uebergangsloesung betrachtet der gesundheitsstadtrat die bereitstellung von 60 betten. nach einlangen der bereits bestellten spezialgeraete wird jeder wiener rettungswagen mit einem batteriebetriebenen ekg-schreiber, einem oscilloskop, einem defibrillator und einem notfallkoffer mit entsprechenden medikamenten ausgeruestet sein.

'jungbleiben in wien':

ein ratgeber fuer aeltere menschen

9 wien, 11.12. (rk) in ihrem budgetreferat praesentierete stadt-
raetin maria j a c o b i ein im auftrag der stadt wien fuer
die aelteren, 'in pension gehenden' mitbuerger zusammengestelltes
buch, das in lesbarer form eine sammlung von ratschlaegen fuer ein
sinnvoll gehaltenes leben im alter enthaelt. das buch traegt den
titel 'jungbleiben in wien' und wird im kommenden jahr erstmals
allen neupensionisten ueberreicht werden. sinn und zweck dieses
'ratgebers' wird es sein, die seniores nicht nur in den kleinen
dingen des alltages zu beraten, sondern auch auf die zahlreichen
kommunalinstitutionen, die speziell fuer aeltere menschen ein-
gerichtet wurden, hinweisen.

1109

beim aufspringen verunglueckt

8 wien, 11. 12. (rk) donnerstag, um 18.32 uhr, wollte der
41jaehrige josef l u k o aus wien 2, max winter-platz 22, auf
dem burgring auf einen zug der strassenbahnlinie ak aufspringen,
der gerade die haltestelle babenbergerstrasse verliess. josef luko
rutschte von der vorderen plattform des ersten beiwagens ab und
stuerzte, dabei erlitt er eine zertruemmerung des rechten unter-
schenkels. die rettung brachte ihn in das unfallkrankenhaus weber-
gasse, wo ihm das rechte bein abgenommen werden musste.

1108

vorfinanzierung nun auch fuer schulen des bundes

14 wien, 11.12. (nk) die vorfinanzierung verschiedener bundesprojekte durch **die stadt wien wird erweitert.** nach der elektrifizierung der vorortelinie und der errichtung von neuen telefonanschlüssen wird wien nun vorerst auch fuer die kosten einer allgemeinbildenden-hoeheren schule in inzersdorf aufkommen. die stadt wien wird fuer den neubau dieser schule bei der zentralsparkasse einen kredit von rund 14,5 millionen aufnehmen. der bund hat sich bereiterklaert, die kosten in drei jahresraten zurueckzuzahlen. die lasten eines teiles des zinsendienstes in der hoehe von zwei prozent werden von der stadt wien getragen. der zustaeendige liegenschaftsausschuss genehmigte freitag diese vorfinanzierung.

wien erwarb das grundstueck fuer den vorgesehenen bau einer allgemeinbildenden-hoeheren schule am brunneweg-gussriegelstrasse-raxstrasse von der firma waagner-biro. gleichzeitig mit dem schulneubau soll eine bestehende pflichtschule erweitert werden. das grundstueck ist insgesamt 18.000 quadratmeter gross. rund 6.000 quadratmeter sind fuer die erweiterung der pflichtschule vorgesehen, 12.000 quadratmeter fuer die mittelschule.

auch in mauer kaufte die stadt wien ein grosses grundstueck fuer die errichtung einer pflichtschule und einer allgemeinbildenden-hoeheren schule. ob auch in diesem fall die stadt wien die vorfinanzierung der mittelschule uebernimmt, steht zur zeit noch nicht fest.

1205

schweizer aussenminister im rathaus

13 wien, 11.12. (rk) der schweizer aussenminister, bundesrat pierre g r a b e r , der in der naechsten woche zu einem besuch nach oesterreich kommt, wird auch dem wiener rathaus einen besuch abstatten. am mittwoch, dem 16. dezember, um 17 uhr, wird vizebuengermeister felix s l a v i k den schweizer politiker im roten salon des wiener rathauses empfangen. bundesrat graber wird anschliessend seine unterschrift in das goldene buch der stadt wien setzen. die mitglieder des stadtsenats werden bei dieser feier anwesend sein.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und fotoreporter zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: mittwoch, 16. dezember, 17 uhr.

ort: roter salon des wiener rathauses.

1151

"das gute bild": rasanter absatz

6 wien, 11.11. (rk) grosse umsaeetze in der secession: von den 287 kunstwerken, die bei der eroeffnung der ausstellung "das gute bild fuer jeden" am 2. dezember zur verfuegung standen, wurden bereits rund 200 mit einem gesamtuerloes von mehr als 100.000 schilling verkauft. wegen des grossen publikumsinteresses muessen bereits die gesamten reserven - rund 190 kunstwerke - mobilisiert werden.

die ausstellung in der secession ist noch bis 23. dezember taeglich von 10 bis 20 uhr, am heiligen abend von 10 bis 12 uhr geoeffnet.

1004

128,4 millionen fuer neue betriebsbaugebiete

16 wien, 11.12. (rk) das 1968 in angriff genommene industrie-flaechen-aufschliessungsprogramm der stadtverwaltung sah in seiner ersten etappe bis 1972 die aufschliessung von flaechen im ausmass von einer million quadratmeter mit einem kostenaufwand von rund 280 millionen schilling vor. die vormerkungen zahlreicher firmen, die betriebsgruende suchen, lassen jedoch erkennen, dass mit diesen flaechen allein nicht das auslangen gefunden werden kann. daher er-scheint es bereits jetzt geboten, die aufschliessung weiterer flaechen fuer die betriebsansiedlung in die wege zu leiten.

der hochbauausschuss genehmigte am freitag, wie stadtrat hubert p f o c h der "rathaus-korrespondenz" mitteilte, vor-behaltlich der zustimmung durch den gemeinderat, 128,4 millionen schilling als sachkredit fuer die aufschliessung neuer betriebsbau-gebiete. es handelt sich um folgende sechs flaechen verschiedener groesse, von denen bereits 50 prozent der stadt wien oder der wiener betriebsansiedlungs ges.m.b.h. gehoeren:

11, simmeringer hauptstrasse (9,6 hektar, aufschliessungskosten 18,5 millionen schilling), 21, schoenthalergasse (10,7 hektar, 18,1 millionen), 21, julius ficker-strasse (29,5 hektar, 30,8 millionen), 23, obertlaaer strasse (19,4 hektar, 36,3 millionen), 23, zetsche-gasse (5,1 hektar, 21,2 millionen) und 23, altsmannsdorfer strasse (3,2 hektar, 3,5 millionen).

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Wohlfahrtsdebatte

=====

Wien, 11.12. (RK) GR. Joachim Müller (DFP) fordert höhere Ansätze für die berufliche Fortbildung der Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen. Die Kindergartenbeiträge selbst seien zu hoch und ihr soziales Gefälle unsozial. Er fordert an Hand von Beispielen eine andere Form der Berechnung. Die Vorschulkindergärten bewähren sich bestens, doch müßte die Zahl der Kinder in den einzelnen Gruppen gesenkt werden. Beim Übertritt vom Kindergarten in die Schule müßte man die Maßnahme ändern, daß solche Kinder bereits im Juni aus dem Kindergarten austreten müssen. Da sich die Schwerpunkte im Kindergartenwesen immer mehr zur vorschulischen Ausbildung hin bewegen, wären die Ansätze hierfür im 3. Hauptstück zu veranschlagen.

Die Aktion "Essen auf Rädern" dürfte sich nicht auf die fünf Wochentage beschränken. Sie müßte auch den Samstag und Sonntag einschließen.

Mit den Pensionistenheimen müßte man eine echte Entlastung der Ältersheime erreichen.

Den Ansätzen könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Prof. Dr. Wolfran (FPÖ) verwies darauf, daß die Kindergärten in den kommenden Jahren vor ganz neue Aufgaben gestellt sein werden. Der Wert der Gemeinschaftserziehung der vier- bis sechsjährigen Kinder wird heute von allen Fachleuten sehr hoch eingeschätzt. Man weiß heute, daß schon am Ende des ersten Lebensjahres 20 Prozent, am Ende des vierten Lebensjahres 50 Prozent der Gesamtintelligenz entwickelt sind. Gleichsam spielend werden in Kindergarten die Begabung entwickelt, die Sprech- und Ausdrucksfähigkeit erweitert, das Denkvermögen gesteigert und das Interesse gefördert.

Der Schwerpunkt der Erziehung muß natürlich bei der Familie bleiben, aber die vorschulische Gemeinschaftserziehung ist von größter Bedeutung. Deshalb hat die Schulreform-

kommission den Grundsatz festgelegt, daß jedes österreichische Kind Anspruch auf einen Kindergartenplatz hat. In Wien können derzeit 30 Prozent der Kinder in Kindergärten aufgenommen werden. Das liegt über dem österreichischen Durchschnitt von 21 Prozent, ist aber hoch immer viel zu wenig. Damit jedes angemeldete Kind aufgenommen werden kann, sind wesentlich mehr Kindergärten notwendig - und das bedeutet vor allen, daß viel mehr Kindergärtnerinnen ausgebildet werden müssen. Dazu muß dieser Beruf attraktiver gemacht werden.

Der Redner schlug vor, angesichts des zu erwartenden Überschusses von Pflichtschullehrern speziell ausgebildete Volksschullehrer für die vorschulische Erziehung einzusetzen. Der Besuch der Vorschule müßte genau so kostenlos sein wie der Besuch der Pflichtschule.

Dr. Wolfram hob hervor, daß die Ansätze für Heime für Kinder und Jugendliche wesentlich gestiegen sind. Dem Erziehungsheim sind jedoch andere Einrichtungen wesentlich vorzuziehen. Seit zwei Jahren hört man von der "Stadt des Kindes", die nach dem Familienprinzip gegliedert sein soll und deshalb vielleicht doch eine Besserung auf diesem Gebiet bringen könnte.

Der Redner warnte vor einer Verschlechterung des Jugendschutzes. Man tue der Jugend nichts Gutes, wenn man ihr frühzeitig Rechte der Erwachsenen gibt, solange sie nicht imstande und auch gar nicht willens ist, die Pflichten der Erwachsenen zu übernehmen.

Zur Altersfürsorge stellte Dr. Wolfram fest, daß vor allen die Gefahr der Isolierung alter Menschen bekämpft werden müsse. Die Pensionistenheime sind ein Symbol dafür, daß sich die Stadt ihrer sozialen Verpflichtung bewußt ist, aber der krasse Mangel an Plätzen führt zu bedauerlichen Wartezeiten von drei bis fünf Jahren.

Obwohl also viele Wünsche offen bleiben, schloß Dr. Wolfram, wird die FPÖ den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) beschäftigte sich eingehend mit der Problematik der alten Menschen in Wien. Im Gegensatz zu Jugendproblemen genieße dieser Fragenkreis zwar nicht sehr viel Publizität, dürfe aber von den Verantwortlichen nicht vernachlässigt werden. Zuvor: Die durch die Auflassung der Fürsorgeräte entstandene Lücke könne bis auf weiteres nicht durch die Beratungsstellen geschlossen werden. Außerdem könnten kranke alte Menschen kaum solche Einrichtungen wie den Pensionistenklub oder die Urlaubsaktion konsumieren.

Deshalb sei eine Reihe neuer Maßnahmen nötig. Die Rednerin deponierte dazu zwei Anträge: ein Antrag sieht die Schaffung eines "Landes-Altenplans" vor, also eines umfassenden Konzeptes zur Betreuung betagter Mitbürger. Der zweite Antrag betrifft die Schaffung einer Postkartenaktion: Alle Pensionisten und Dauerbefürsorgten sollen eine Postkarte erhalten, die sie im Falle persönlichen Notstandes unfrankiert an das Bezirksfürsorgeamt absenden können. Diese "Notrufrkarte" (Aufschrift: "Ich bin in Not!" oder "Ich brauche dringend Hilfe!") solle es jedem alten Bürger ermöglichen, auf kurzem Wege mit den verantwortlichen Stellen in Verbindung zu treten.

Als "flankierende Maßnahme" forderte die Rednerin auch die bevorzugte Behandlung von Wohnungstauschansuchen betagter Bürger beim Freiwerden von Parterrewohnungen. Im übrigen bedauerte sie es, daß der zuständige Gemeinderatsausschuß über den Inhalt der nunmehr vorgelegten Altenbroschüre "Jung bleiben in Wien" erst in der Budgetdebatte und nicht schon vorher informiert wurde.

GR. Dr. Rudolf Müller (SPÖ) steuert einen grundsätzlichen Beitrag zur Sozialpolitik der Stadt Wien beziehungsweise zu den sozialpolitischen Maximen seiner Partei bei. Als besonders erfreulich bezeichnete er es, daß das Budget der G.Gr. IV zwischen 1960 und 1970 von 421 um 639 Millionen auf 1,06 Milliarden gestiegen sei.

In seiner Rückschau hob Müller vor allem die Bedeutung Tandler's für die Sozialfürsorge hervor und beschäftigte sich dann mit den Funktionswandel: Während im Winter 1946/47 die 45 Wärmestuben von einer halben Million Menschen benützt worden seien, würden heute die Menschen nicht unter der Kälte, sondern unter der Einsamkeit leiden. Die Sozialfürsorge der Gemeinde Wien werde jedoch entsprechend den neuen Situationen auch neue Verhaltensweisen an den Tag legen.

GR. Lehner (ÖVP): Das Referat von Frau Stadtrat Jacobi sei jedes Jahr vor allem auch deswegen interessant, weil man Neuigkeiten höre, die bisher den Mitgliedern des Wohlfahrtsausschusses nicht bekannt gewesen seien. Lehner forderte eine bessere Information der Ausschußmitglieder.

Hauptthema seines Debattenbeitrages: Die Jugend. Er stellte der Wiener Jugend ein gutes Zeugnis aus und meinte, die Erwachsenen könnten auf sie stolz sein. Die Jugendkriminalität in Wien sinke weiter. Diese positive Entwicklung sei nur in zwei Ländern Europas zu beobachten: Schweiz und Österreich. Im Zusammenhang mit den Kindertagesheimen forderte Lehner eine forcierte Unterstützung der Privatinitiativen. Immerhin gebe es 220 private Kindergärten. Im Gegensatz zu Niederösterreich gebe es kaum eine Förderung dieser privaten Kindergärten.

Zum Thema Kindergärtnerinnen brachte der Redner einen Antrag seiner Fraktion ein. Darin wird die Anrechnung der Ausbildungszeit für den Urlaub gefordert, gleichgültig wo die Ausbildung stattfand. Auch bei den Sonderkindergärten und bei der Altenbetreuung sei eine wesentlich intensivere Förderung privater Organisationen notwendig. Er urgierte eine kräftige Unterstützung der Stadt Wien für ein Behindertendorf des Vereines Lebenshilfe in Sollenau in Niederösterreich. Seine Fraktion werde dem Vorschlag für das Wohlfahrtswesen zustimmen.

Der nächste Debattenredner, GR. Gawlik (SPÖ), kam auf die Probleme zu sprechen, die der Aufbau der industriellen Gesellschaft mit sich bringt. Die Dreigenerationsfamilie von einst ist passé, deshalb müsse sich heute die Gesellschaft der alten Mitbürger annehmen. Eines der wirksamsten Mittel gegen die Vereinsamung in der Großstadt sind die Pensionistenklubs. Diese Einrichtung müsse ausgebaut werden, da bis etwa 1980 die Zahl der älteren Menschen ständig steigen werde.

Der Ausbau der Pensionistenheime, in denen gegenwärtig 864 Plätze zur Verfügung stehen, wird es ermöglichen, daß schon in den nächsten Jahren weiteren älteren Menschen Unterkunft und Pflege geboten werden kann. Während heuer 3,5 Millionen für die Errichtung von Pensionistenheimen vorgesehen waren, sind es im nächsten Jahr acht Millionen.

Das Wiener Behindertengesetz verpflichtet die Wiener Stadtverwaltung, sich der behinderten Mitbürger anzunehmen. Der

Debattenredner erwähnte dabei die segensreiche Tätigkeit von "Jugend am Werk", das in fünf Heimen und einem Pensionat 363 jugendliche Behinderte betreut. Gemeinsam mit dem ÖGB plant die Gemeindeverwaltung den Bau eines Wohnheimes für 60 Behinderte in Innermanzing. Ein Tagesheim im 21. Bezirk wurde in der ersten Dezemberwoche eröffnet.

Das Wiener Sozialhilfegesetz, das sich gegenwärtig in Ausarbeitung befindet, werde schon in naher Zukunft die Magna Charta der Wiener Sozialarbeit darstellen.

In ihrem Schlußwort dankte Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi allen Rednern für ihre Debattenbeiträge, um sodann auf die diversen Anfragen einzugehen.

Zur Frage der beruflichen Fortbildung der städtischen Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen erklärte sie, daß diese sowohl durch die Stadt Wien selbst als auch durch sozialpädagogische Institute erfolge. Warum die Vorschulerziehung erst ab dem fünften Lebensjahr geleistet werde? Diese sei ja nur für Kinder gedacht, die bisher noch keine Möglichkeit hatten, einen Kindergarten zu besuchen. Im übrigen werde aber mit der vorschulischen Erziehung in den übrigen Kindergartengruppen schon wesentlich früher begonnen. Den Ausführungen, daß die Kindergärten in den kommenden Jahren vor ganz neue Aufgaben gestellt sein werden, könne sie sich nur voll und ganz anschließen. Die Stadt Wien sei sich hier ihrer großen Aufgabe vollkommen bewußt.

Was das Problem der Kindergartenplätze betreffe, so weise Wien im Vergleich zu anderen Städten der Welt, wie zum Beispiel Kopenhagen, Westberlin und Hamburg, gemessen an seiner Einwohnerzahl, ein wesentlich besseres Ergebnis auf. Auch bezüglich der vorschulischen Erziehung habe Wien gegenüber anderen europäischen Städten einen deutlichen Vorsprung aufzuweisen. So werden gegenwärtig in Wien etwa 40 Prozent aller drei- bis sechsjährigen Kinder davon erfaßt.

Zu der Anregung, man solle den Beruf der Kindergärtnerin noch attraktiver machen, könnte man nur sagen, daß im Gegenteil das Interesse dafür zur Zeit so hoch ist, daß sämtliche Ausbildungsplätze belegt sind.

Zum Pflegekinderwesen: Die ~~21~~ versen Beurteilungen über den "Lindenhof" könnten keineswegs immer als objektiv bezeichnet werden. In diesem Zusammenhang sprach die Stadträtin an die Gemeinderäte die Einladung aus, sich doch selbst einmal vom klaglosen Betrieb dieses Heimes zu überzeugen.

Die Vorarbeiten für die "Stadt des Kindes" sind so weit fortgeschritten, daß die Pläne baureif sind und die Ausschreibungen vorgenommen werden können.

Mit der Novellierung des Jugendschutzgesetzes soll keine Verschlechterung erzielt werden. Es geht vor allem darum: man muß jungen Leuten zwischen 16 und 18 Jahren zugestehen, daß sie ohne Aufsichtsperson tanzen können. Sie tun es heute schon, und ein Gesetz, das nicht eingehalten wird, hat seinen Wert verloren.

Die Zahl der Pensionistenklubs kann selbstverständlich erweitert werden, wenn Bedarf in den einzelnen Bezirken besteht und ein geeignetes Lokal vorhanden ist. Es wurden Hobbygruppen geschaffen, und gerade vor Weihnachten gilt es viele Möglichkeiten der Beschäftigung.

Die beschlossenen zehn Pensionistenheime werden selbstverständlich geschaffen werden.

22 Sozialberatungsstellen sind im Betrieb. Im 15. Bezirk wird nach baulichen Umgestaltungen demnächst eine weitere eröffnet werden können.

Wohnungstauschmöglichkeiten für alte Leute in Parterre-Wohnungen: Dieser Wunsch wird an Stadtrat Suttner weitergegeben. Den Antrag auf Einführung einer "Hilferufkarte" an das Fürsorgeamt ersucht die Referentin dem Ausschuß zuzuweisen. Die Aktion "Essen auf Rädern" geht auf die Initiative der Organisation "Die Frau und ihre Wohnung" zurück. Erst als dieser Test gelungen war, wurden alle anderen Privatorganisationen um ihre Mithilfe gebeten.

Wurlitzergasse: In dem Heim, das Privatesitz war, waren rund 900 Bewohner untergebracht. 337 davon waren Österreicher, die übrigen Fremdarbeiter, deren Arbeitgeber nach einem Arbeitsvertrag für ihre Unterbringung verpflichtet sind. Die Stadtverwaltung hat im Einvernehmen mit dem Sozialministerium und dem Landesarbeitsamt alles für die Unterbringungen der

Bewohner des Heimes unternommen. Mit heutigem Tag wohnen noch 93 Österreicher und 45 Ausländer in dem Heim Wurlitzer-gasse. In der Meldemannstraße sind jedoch 100 Plätze frei, die nach Vollendung der Adaptierung sofort vergeben werden.

Natürlich können jene, die einen normalen Verdienst haben, der oft mehr als 4.000 Schilling monatlich beträgt, nicht aufgenommen werden.

Landessozialhilfegesetz: Für die Schaffung eines derartigen Gesetzes ist die Übereinstimmung aller Bundesländer notwendig. Die Sozialreferenten sind in den Grundzügen bereits darüber einig, wie der Mustergesetzentwurf aussehen soll. Nicht einig sei man jedoch, wie die Kosten zwischen Gemeinden und Ländern aufgeteilt werden sollen. Darüber muß Übereinstimmung erzielt werden. Anfang November wurde bereits ein sogenanntes Koordinierungsgespräch durchgeführt. Man konnte sich im wesentlichen auf einen Mustergesetzentwurf einigen.

Die Herausgabe des Buches "Jungbleiben in Wien" erfolgte durch den Presse- und Informationsdienst, sie wurde jedoch im Wohlfahrtsausschuß besprochen.

Altenplan: Derartige Altenpläne werden vor allen Dingen von jenen Gemeinden verlangt, die weder über Altersheime noch über eine Heimhilfe oder eine Informationsstelle verfügen. Wien hat all diese Dinge auf seinem Arbeitsprogramm.

Die Alterserhebung wurde 1968 durchgeführt und alle Ausschußmitglieder haben darüber eine Kurzinformation erhalten. Die drei Hauptpunkte der Erhebung waren: Schaffung der Sozialberatung, Herausgabe eines Buches, das alten Menschen helfen soll, ihren Lebensabend sinnvoll zu gestalten und die Aktion mit den Pensionistenausweisen für Fahrscheine.

Schlußdienst in den Kindergärten: In jedem Bezirk besteht ein Kindergarten, in dem jene Kinder zusammengezogen werden, die von den Eltern nicht rechtzeitig abgeholt werden können. Im übrigen muß natürlich den Kindergärtnerinnen die gleiche geregelte Arbeitszeit wie allen anderen zuerkannt werden.

Gesellenheime: Es besteht kein Bedarf nach einem zusätzlichen Gesellenheim, es gibt keine Wartezeiten auf einen Platz.

Lehrlingsheime: Sie haben tatsächlich darunter gelitten, daß sie zur Geschäftsgruppe Gesundheitswesen gehörten, weil sie hinter dem großen Komplex der Krankenanstalten zurückstehen

mußten. Seit einem Jahr gehören sie nun zum Wohlfahrtswesen, und es gibt nun bessere Möglichkeiten, sie zu betreuen.

Sonderkindergärten: Es gibt tatsächlich zu wenige, deshalb wird ja einer gebaut.

Gastarbeiterkinder: Das Verlangen, sie in separaten Kindergärten unterzubringen, widerspricht der Aufgabe, sie möglichst weitgehend in unser Leben zu integrieren. Kinder in diesem Alter lernen die Sprache sehr schnell, es gibt in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten.

Caritas socialis: Während mit allen anderen privaten Wohlfahrtsorganisationen die Zusammenarbeit reibungslos ist, gibt es mit dieser - der bei weitem kleinsten - Organisation Schwierigkeiten. Die Caritas socialis müßte endlich zur Kenntnis nehmen, daß die Stadt Wien nicht für etwas bezahlen kann, wofür keine Rechnungen vorgelegt werden. Alle anderen Organisationen, wie Heimhilfe, Caritas der Erzdiözese, die Frau und Ihre Wohnung legen selbstverständlich Rechnungen.

Abstimmung: Die Ansätze der Geschäftsgruppe IV wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ genehmigt. Die drei Anträge der ÖVP wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

wien muss konkurrenzfaehig bleiben
vbgm. slavik vor den preistraegern des kommunalpolitischen
jugendgespraeches

22 wien, 11.12. (rk) mit einer stadtrundfahrt 'neues wien' und einem empfang im rathauskeller fanden am donnerstag die kommunalpolitischen jugendgespraeche 1970 ihren abschluss. neben vizebuergermeister felix s l a v i k nahm auch stadtrat franz n e k u l a an dem empfang teil, zu dem die lehrer der an den kommunalpolitischen jugendgespraechen beteiligten hoeheren schulen, vertreter des stadtschulrates und die schueler, die als sieger aus dem kommunalpolitischen quiz hervorgegangen sind, eingeladen waren.

vizebuergermeister slavik dankte in einer ansprache allen an dieser aktion beteiligten fuer ihre mitarbeit und fuer ihr grosses interesse, das sie der kommunalpolitik ihrer heimatstadt entgegenbringen. er wandte sich besonders an die schueler und betonte, dass sie es in naeher zukunft sein werden, die fuer die kuenftige gestaltung der oesterreichischen bundeshauptstadt die verantwortung zu tragen haben.

wien muesse mehr an internationaler bedeutung gewinnen, sowohl als kongressstadt als auch als wirtschaftszentrum mitteleuropas. eine vermehrte bedeutung komme aber nicht von selbst, sondern sie muesse erarbeitet werden. eine der wichtigsten voraussetzungen dafuer sei der ausbau der donau zu einer wasserstrasse fuer den europa-kahn stromaufwaerts von wien und fuer hochseeschiffe stromabwaerts bis zur staatsgrenze. damit im zusammenhang muesse auch der donau-oderkanal gebaut werden. leider sei in der cssr eine verspaetung des baues um drei jahre eingetreten. wien muesse die chancen, die sich durch die zentrale lage am kuenftigen wasserstrassennetz europas ergeben, nach besten moeglichkeiten nuetzen und seinen binnenhafen auf die kommenden aufgaben vorbereiten.

es ist unbestritten, fuehrte slavik weiter aus, dass es milliar- den menschen in unserer welt schlechter gehe als den oesterreichern, das duerfe aber nicht zu einer falschen selbstzufriedenheit fuehren.

./.

generalversammlung des syndikates der pressefotografen

19 wien, 11.12. (rk) bei der soeben stattgefundenen generalversammlung des syndikates der pressefotografen, pressebildagenturen und filmreporter oesterreichs wurden auf die dauer von zwei geschaeftsjahren folgende damen und herren in das praesidium und in den vorstand gewaehlt:

zum wiederholten male wiedergewaehlt wurde fritz b a s c h als praesident. die vizepraesidenten sind kurt r o e m e r und harry w e c h s e l b e r g e r . generalsekretaer ist helmut f o r s t e r .

1. kassier: fred c e r m a k . 1. beirat: fritz k l i n s k y . 2. beirat: nora s c h u s t e r . beirat fuer film und fernsehen: richard k r i t z e r . beirat fuer sport: dipl.-ing. herbert s u e n d h o f e r .

buergermeister bruno m a r e k hat an den neuen vorstand ein glueckwunschtelegramm gerichtet.

1232

vorentwuerfe fuer die wig 74 vergeben

17 wien, 11.12. (rk) die vorarbeiten fuer die wig 74 gehen zuegig weiter: der gemeinderatsausschuss fuer hochbau befasste sich am freitag mit den hochbauten auf dem laaer berg. sie umfassen die eingangsbauten bei den eingaengen b und c einschliesslich der kassengebäude, den wirtschafts- und betriebshof mit den unterkunftsraeumen fuer das erhaltungspersonal sowie diverse nebengebäude, ausserdem ist der fussgeheruebergang laaerbergstrasse mit inbegriffen. die geschaeetzten herstellungskosten belaufen sich bei den wig-hochbauten auf 9,45 millionen schilling, der fussgeheruebergang wird voraussichtlich 2,7 millionen kosten.

mit der ausarbeitung der vorentwuerfe wurden die wiener architekten engelbert e d e r , dipl. ing. josef f l e i s c h e r , prof. hannes l i n t l und der architekt peter s c h r o e d e r aus koenigstein am taunus, deutsche bundesrepublik, beauftragt.

1220

unilever will wiener produktion ausweiten -
stadt wien stellt grundstueck zur verfuegung

15 wien, 11.12. (rk) eine der groessten auslaendischen konzerne in oesterreich, die firma unilever, hat platzsorgen. die bisherige fabrik in der grillgasse in simmering ist zu klein geworden. die stadt wien stellt deshalb dem unilever-konzern eine 160.000 quadratmeter grosse grundflaeche an der simmeringer laende zur verfuegung und kauft nach uebersiedlung des konzerns das alte 52.000 quadratmeter grosse grundstueck und die fabrik, da diese flaeche sehr gut fuer die ansiedlung von betrieben geeignet ist. der liegenschaftsausschuss stimmte freitag dieser transaktion zu.

bei dieser transaktion spielte natuerlich das interesse der stadt wien, ein unternehmen von der groessenordnung des unilever-konzerns im stadtgebiet zu halten, eine grosse rolle, erklaerte stadtrat dkfm. h i n t s c h i g der ''rathaus-korrespondenz''. die firma unilever hatte von vornherein die beibehaltung des standortes im 11. bezirk gewuenscht. diesem wunsch wurde rechnung getragen.

1208

neues gasthaus im schweizergarten

18 wien, 11.12. (rk) der hochbauausschuss des gemeinderats hat am freitag grundsuetzlich die neuerrichtung der staedtischen gastwirtschaft im schweizergarten genehmigt, die 1,95 millionen schilling kosten wird.

das neue gasthaus soll an stelle des alten lokals errichtet werden, dessen bauzustand schon recht desolat ist. vorgesehen sind 3 gastraeume verschiedener groesse, eine kueche, ein kuehlhaus, ein bueroraum fuer den paechter sowie vorratsraeume und personalraeume.

1223

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Gesundheitsdebatte
=====

Wien, 11.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) begann mit Lob für das Gesundheitsbudget. Im Gegensatz zum Kulturbudget sei beim Gesundheitswesen die Relation zum Gesamtbudget angemessen. Ein Problem sei jedoch ungelöst, das Personalproblem. Als Beispiel führte er eine kürzlich in Betrieb genommene Kobaltkanone an. "Sie kann nicht ausgenützt werden, weil ein Schichtbetrieb erforderlich wäre".

Der Kern seiner Rede bezog sich auf die Pressekonferenz von Primarius Fuchsig. Er zitierte Prof. Fuchsigs Aussagen und Zeitungsberichte über die Pressekonferenz. Dr. Fuchsig habe eindeutig dem Magistrat die Schuld gegeben, daß in Wien Schwesternmangel herrscht. Dies nehme man jedoch beim Magistrat nicht zur Kenntnis.

Auch an angeblichen Mißständen im Altersheim Lainz nahm der Redner Anstoß. Er schloß mit der Feststellung, daß seine Fraktion die Ansätze für das Budget des Gesundheitswesens zwar billige, aber trotzdem keine Zustimmung geben könne, weil - bedingt durch die beiden Großparteien - keinesfalls die optimale Anwendung aller Mittel gewährleistet sei. (Zwischenruf GR. Dr. Gisel, SPÖ: "Das ist aber eine eigenartige Logik!")

GR. Krenn (FPÖ) stellte fest, daß sich die hohe Sterblichkeit von den Infektionskrankheiten zu den Abnutzungskrankheiten verlagert habe. 30 Prozent der Todesfälle gehe auf Herzschäden zurück, 22 Prozent auf Gefäßerkrankungen, 21 Prozent sind Krebsfälle. Es sei erfreulich, daß 1970 drei weitere Gesundenuntersuchungsstellen eröffnet wurden, die Wartezeit betrage aber immer noch sechs Wochen.

Gefährlich sei das Ansteigen der Bronchialkarzinome. Bei Männern beträgt die Heilziffer bei dieser Krebserkrankung kaum fünf Prozent. Über die Schädlichkeit des Rauchens müßte die Jugend in verstärktem Maße aufgeklärt werden. Zu dieser Aufklärung sollten die Schulärzte herangezogen werden.

Über den Kampf gegen Lärm, Luft- und Wasserverunreinigungen werde in Wien zwar viel gesprochen, jedoch nichts oder fast nichts getan. Es sollte so wie in Zürich eine eigene Lärmbekämpfungsstelle eingerichtet werden, um vor allem den Nachtlärm einzudämmen.

Bei den Geschlechtskrankheiten zeige sich weiterhin eine steigende Tendenz. Von den Geheimprostituierten sind 23 Prozent krank, bei den Kontrollprostituierten beträgt die Krankheitsquote nur 0,54 Prozent.

Verschärft wird die Situation durch die 40.000 Fremdarbeiter. Wer davon wegen Krankheiten oder Kriminalität heimgeschickt wird, könne als Tourist wieder zurückkommen: es gibt keine rechtliche Handhabe, diese Rückkehr zu verhindern.

Der Ärztenotdienst habe seine anfänglichen "Kinderkrankheiten" überwunden. Zu den Wochenenden seien rund 1.800 Anrufe zu verzeichnen, wovon ein Drittel Ausfahrten erforderlich mache.

Abschließend kam GR. Krenn auf das geplante Altersheim Stadlau zu sprechen. Dieses Projekt befinde sich seit 1963 in Vorplanung, seit 1967 werde es als Krankenhaus Ost geplant - vom Baubeginn könne aber noch lange nicht die Rede sein, weil das Land Niederösterreich bezüglich einer Beteiligung noch nicht geantwortet hat. Auch vom Altersheim Süd, das 1.000 Betten enthalten soll, sei nichts mehr zu hören.

Um den Schwesternberuf attraktiver zu gestalten, müßten echte Aufstiegschancen geboten werden. Gegen den akuten Schwesternmangel könnte dadurch angekämpft werden, indem man verheiratete und deswegen aus dem Dienst geschiedene Schwestern halbtagsweise beschäftigt.

Seine Fraktion werde den Ansätzen des Gesundheitsbudgets zustimmen.

Für eine völlige Neuordnung des innerbetrieblichen Spitalswesens sprach sich Dr. Goller (ÖVP) aus. In diesem Zusammenhang verlangte er die Abschaffung der dritten Gebührenklasse in den Wiener Krankenhäusern. Seiner Meinung nach sollte nur noch eine allgemeine Klasse und eine Privat- oder Sonderklasse in den Spitälern geführt werden. Selbstverständlich sollte eine solche Veränderung genau vorbereitet und mit den Fachleuten der Ärztekammer, der Gewerkschaft und anderen Institutionen besprochen werden. Auch für Sondergebühren und die Verteilung der ärztlichen Honorare sollte in diesem Zusammenhang eine Neuregelung ins Auge gefaßt werden.

Eine solche Strukturänderung würde nach seiner Meinung sicherlich die vielfach spürbare kommende Unzufriedenheit der Wiener mit ihren Spitälern ausräumen. Denn, obwohl Wien über genügend Betten verfüge, bestehe wegen der langen Dauer des durchschnittlichen Spitalsaufenthaltes immer wieder eine Bettennot. Eine Neuorganisation des Spitalsbetriebes könnte hier sicherlich Abhilfe schaffen. Zudem sollte zur besseren Ausnützung der teuren Apparate für die Strahlentherapie - Kobaltkanone und Betatron - ein Schichtbetrieb eingeführt werden. Der raschen Veralterung medizinischer Apparate durch die rasante technologische Entwicklung sollte wiederum so begegnet werden, daß man sich - ähnlich wie dies bei Computern üblich - des Leasing-Verfahrens bediene, regte der ÖVP-Sprecher an.

GR. Dr. Zemann (SPÖ) bezeichnete die Dotierung des Budgets für das Gesundheitswesen als vorbildlich für Wien. Auch die Investitionen seien hoch, doch hätten Wiens Krankenhäuser dafür viel zu leisten. In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Bauvorhaben in den Krankenanstalten ein. Die Lungenheilstätte Baumgarten sei zum Beispiel das erste Wiener Krankenhaus, das eine sogenannte Wahlkost für Patienten eingeführt habe. Für das Elisabethspital bezeichnete er die Unterteilung der Krankenzimmer als vordringlichste Aufgabe. Problematisch sei die Zweiteilung der Krankenanstalt durch die Goldschlagstraße. Im Sophienspital komme dem Umbau des Schwesternheimes primäre Bedeutung zu. Ein besonderer Wunsch der Kinderklinik Glanzing wäre die Errichtung einer eigenen Kinderchirurgie, da zur Zeit chirurgische Eingriffe an der zweiten chirurgischen Klinik durchgeführt werden müssen. Bei der Rettung liege der Schwerpunkt im kommenden Jahr in der Ausrüstung von neuen Ambulanzwagen zur Sofortbehandlung bei akutem Herzalarm. Darüber hinaus ist auch die Fertigstellung der Rettungsstation Floridsdorf sowie die Anschaffung von fünf zusätzlichen Ambulanzwagen zu erwarten.

Bezüglich des Schwesternmangels meinte Dr. Zemann, daß es hier allein nicht die Besoldungsfrage zu lösen gelte, sondern daß auch dem Problem des Turnuswechseleldienstes im Zusammenhang mit der Arbeitszeitkürzung wesentliche Bedeutung zukomme.

Bedauerlich sei das Fehlen eines geriatrischen Krankenhauses. Seine Errichtung soll jedoch demnächst spruchreif werden. Zweckmäßig erschiene es dem Redner, an Stelle der zahlreichen kleinen Krankenhäuser Großkrankenhäuser zu errichten. Diese könnten wesentlich ökonomischer geführt werden und auch über die notwendigen Spezialabteilungen verfügen, deren Betrieb in kleinen Anstalten fehlt. Die vorhandenen kleinen Spitäler könnten zu Alters- oder Pensionistenheimen umgestaltet werden.

In Wien stehen derzeit insgesamt 840 praktische Ärzte für rund 1,7 Millionen Einwohner zur Verfügung. Außerdem stehen die meisten dieser praktischen Ärzte bereits zwischen dem 50. und 60. Lebensjahr, so daß in den nächsten Jahren ein Engpaß in der ärztlichen Betreuung eintreten könnte. Österreich ist nicht mehr das ärztereichste Land Europas. Diesen Platz nimmt derzeit die UdSSR, gefolgt von drei Oststaaten ein. Österreich steht an fünfter Stelle vor der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Frankreich.

Der ärztliche Bereitschaftsdienst habe sich im großen und ganzen gut bewährt. Die Kontrolle seitens der Gemeinde Wien sollte jedoch nicht jährlich, sondern vierteljährlich erfolgen.

GR. Lehner (ÖVP) erklärte, daß der Tätigkeit der Krankenschwester zwar viel Anerkennung und Lob gespendet wird. Wenn aber dann gesagt wird, man müsse auch etwas für die Krankenschwestern tun, gebe es da und dort nur Kopfschütteln. Dabei könne der Spitalsbetrieb nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß von den Schwestern immer mehr Mehrarbeit verlangt werde. Diese Mehrleistungen seien nicht allein mit Geld abzugelten, ihr ethischer Wert sei gar nicht hoch genug einzuschätzen. Man könne aber auch nicht erwarten, daß sich diese Gruppe auf die Dauer mit einem "Danke schön" abspeisen ließe. Jede Modernisierung in den Spitätern, jeder medizinischen Fortschritt erhöhe den Bedarf an Schwestern.

Der Redner verwies auf einen Werbeprospekt, in dem Krankenschwestern ein Anfangsgehalt von 4.000 bis 4.500 Schilling versprochen wird. Tatsächlich sei dies nur unter Einrechnung aller möglichen Zulagen, Nachtdienste sowie Sonn- und Feiertagsdienste erreichbar. (GR. Pöder (SPÖ) widersprach dieser Behauptung

in Zwischenrufen und erinnerte daran, daß Krankenschwestern vom ersten Tag an die Ausbildungszeit eingerechnet werde.)

GR. Lehner brachte den Antrag ein, ein eigenes Gehaltsschema für das Krankenpflegepersonal zu schaffen. Als kleinen Erfolg - der zwar von der Gewerkschaft für sich reklamiert werde, der aber auf eine Forderung der ÖVP zurückgehe - bezeichnete der Redner die Möglichkeiten zur Weiterbildung der Krankenschwestern. Er schlug weiter eigene Ausbildungsstätten für Lehrschwestern und eine spezielle Ausbildung für die Alterspflege vor.

Schließlich befaßte sich GR. Lehner mit der "inneren und äußeren Emigration der Ärzte". Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß tatsächlich jeder Arzt die Möglichkeit habe, einen seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Tätigkeitsbereich zu erlangen.

GR. Dinhof (SPÖ) zitierte einen Bericht der Weltgesundheitsorganisation, der feststellt, daß Wien ein gutentwickeltes Spitalsystem hat. Er glaube, daß die zweifellos vorhandene Bettennot in Wien nicht nur auf Personalmangel, sondern zum Teil auch auf organisatorische Mängel zurückzuführen sei. Eine Neuorganisation, die in Angriff genommen werden soll, gebe ihm Hoffnung, daß diese Mängel ausgeschaltet werden.

Zum Vorwurf des DFP-Redners, über angebliche Mißstände bei der Essensversorgung im Altersheim Lainz zitierte Dinhof den Speisezettel. Danach gebe es bei der Normalkost nur einen einzigen Tag ohne Gemüse. Dafür gebe es an diesem Tag Obst. Wenn behauptet wird, die Insassen bekämen zu wenig Obst, so ist das ein Märchen. Bei den verschiedenen Diätarten - zum Beispiel bei der Leberschonkost - ist natürlich kein Gemüse vorgesehen. Man könne aber nicht die Tatsachen verdrehen, falsch verstandene Mitteilungen aufgreifen und daraus einen Mißstand konstruieren.

Ein ernstes Problem in den Altersheimen sei jedoch die lange Zeit zwischen dem Abendessen und dem Frühstück. Dinhof bat den Stadtrat, die Möglichkeiten genau prüfen zu lassen, ob hier eine Verbesserung möglich sei.

Ein weiterer Vorschlag betraf die Bautätigkeit auf dem Krankenhaussektor. Immer wieder müsse man feststellen, daß mehrere Pavillons gleichzeitig teilweise umgebaut werden. Man sollte doch in Zukunft Überlegungen anstellen, ob es nicht besser wäre, einen Pavillon in einem Jahr ganz unzubauen und andere Vorhaben erst im nächsten Jahr in Angriff zu nehmen. Die Belästigung der Patienten durch Lärm und Staub könne dadurch vielleicht etwas geringer gehalten werden.

Beim Umbau des Psychiatrischen Krankenhauses auf der Baumgartner Höhe kritisierte Dinhof den unzweckmäßigen Einbau von Aufzügen. Da alle Objekte unter Denkmalschutz stehen, dürfen die Gebäude außen nicht verändert werden, auch dann nicht, wenn sie weit von der Hauptachse entfernt sind und die Hinterfront eines Gebäudes betreffen. Das betroffene Gebäude müsse nach dem derzeitigen Stand unter wesentlich höheren Kosten innen umgebaut werden, damit ein Aufzug Platz findet. Das belästigt die Insassen, kostet Platz und Betten. Der Denkmalschutz gehe hier zu weit, neue Möglichkeiten müßten geprüft werden.

Im Schlußwort meinte Stadtrat Dr. Glück, gegen die Abwanderung der Schwestern nach dem Ende ihrer Ausbildung wäre es ein gutes Mittel, bereits im letzten Ausbildungsjahr ein Dienstverhältnis mit der Stadt Wien zu schaffen. Für den Krankenpflegerberuf wolle er in nächster Zeit die Werbung bei den Präsenzdienern des Bundesheeres verstärken.

Zur Pressekonferenz von Prof. Fuchsig gab Stadtrat Glück zu bedenken, daß in diesem Fall mehrere bedauerliche Zufälle zusammengetroffen seien: die geistlichen Schwestern kündigten überraschend, das Professorenkollegium beschloß aus eigenem die Eröffnung einer neuen Hals-Nasen-Ohrenabteilung (wodurch ebenfalls 16 Schwestern gebunden wurden) und drittens hatte Prof. Fuchsig den Vorschlag eines kleineren Kontingentes an Schwestern als ungenügend abgelehnt.

Der Schichtbetrieb in Spitälern sei ebenso wie etwa die Problematik der Essenszeit in Altersheimen ein durchaus lösbares Problem - aber natürlich ebenfalls wieder nur dann, wenn man über mehr Personal als bisher disponieren könne. Und dasselbe gelte für Strukturänderungen in den Spitälern: Beim Übergang von Zimmern mit sechs Betten zu Zimmern mit drei Betten erhöhe sich zum Beispiel der Bedarf an Ärzten um 30 Prozent, der an Schwestern sogar um 40 Prozent.

Schließlich die prästationäre Untersuchung: Sie sei sehr wünschenswert, da man sich davon eine kräftige Herabsetzung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in den Spitälern erwarten könne. Zu ihrer Verwirklichung fehle nur mehr eine Stellungnahme der Gebietskrankenkasse. Deren Generaldirektor habe sich jedoch vor drei Tagen in einem Zeitungsinterview dazu positiv geäußert, was zu Optimismus berechtige.

Die Errichtung einer Kinderchirurgie in Glanzing sei nicht empfehlenswert: So eine Abteilung gehöre in ein Schwerpunktspital. Die Weltgesundheitsorganisation habe in ihrem Bericht ohnedies bemängelt, daß es in Österreich zu viele kleine - und daher nicht sehr leistungsfähige - Spitäler gäbe.

Abstimmung: Die Ansätze des V. Hauptstückes wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Die beiden ÖVP-Anträge wurden einstimmig zugewiesen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.35 Uhr.

Die Beratungen werden Montag, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI (Planung) fortgesetzt. Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ).

- - -

preisgünstige gemüse- und obstsorten

24 wien, 11.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisgünstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 5 bis 6 schilling, weisskraut 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, mandarinen 8 schilling, orangen 5 bis 5,50 schilling je kilogramm.

1419

unfall im e-werk

32 wien, 11.12. (rk) bei einer schaltung im kraftwerk simmering der wiener e-werke entstand heute, freitag, um 13.24 uhr, ein lichtbogen, bei dem drei werksangehoerige leicht verletzt wurden und nach spitalsbehandlung in haeusliche pflege entlassen werden konnten. im versorgungsnetz entstanden keine stoerungen.

1727